

# Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40  
Eingetragen in die Postgeheimliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlung- und  
Zahlstellen-Anzeigen die  
3 gespaltene Kolonnen-Zeile  
50 Pf.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

Verlag von M. Pöpp.  
Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover.  
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

## Hunderttausend

Verbandskollegen stehen im Kriegsdienst. Sie sind hinausgezogen mit der Hoffnung, daß der Verband, dem sie angehörten, den sie mitgeschaffen, an dessen Wachsen und Gedeihen sie mitgearbeitet haben, ihnen auch nach diesem Kriege Schutz und Rückhalt sein wird. Wir, die wir daheim bleiben können, müssen unsere Kräfte dafür einsetzen, daß unsere eingezogenen Kollegen nicht enttäuscht werden! Wir müssen werben und wirken für den Verband!

### Die Verbandsfinanzen im Kriegsjahr 1915

Das Finanzwesen des Verbandes ist durch den Krieg zwar stark beeinflusst, aber durchaus nicht gerüttelt worden. Nimmt man nur die Endzahlen als Maßstab, so darf sogar gesagt werden, daß das Jahr 1915 mit 12 Kriegsmontaten die Finanzen des Verbandes weniger ungünstig beeinflusst hat als das Jahr 1914, das noch 7 Friedensmonate zählte. Während uns nämlich das Jahr 1914 eine Verminderung des Verbandsvermögens brachte, hat das Jahr 1915 nicht nur keine Verminderung, sondern sogar noch eine geringe Erhöhung des Kasseebestandes gebracht. Allerdings beträgt der Vermögenszuwachs nur reichlich 160 000 M., also noch nicht ein Drittel der Summe, die wir 1914 zugelegt haben, immerhin ist er ein erfreulicher Beweis für die Sicherheit und Solidität unserer Verbandsfinanzpolitik.

Die Einwirkung des Krieges zeigt sich natürlich weniger in der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, als in der Gestaltung dieser Posten allgemein und in ihren Einzelheiten. Da ist das Bild nun zunächst weniger erfreulich. Die Einnahmen des Verbandes sind im Jahre 1915 weiter erheblich zurückgegangen. Wir haben rund 1,8 Millionen Mark weniger eingenommen als im Jahre 1914 und 2,4 Millionen weniger als 1913. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Einnahmen in den letzten fünf Jahren (unter Abrundung der Pfennige):

	1911	1912	1913	1914	1915
Einnahmen	4 078 9	3 944 4	2 938 3	1 599 9	5 051 5
Beiträge und Sonstiges	3 898 323	4 298 087	4 505 551	3 919 306	2 112 786
<b>Zusammen</b>	<b>8 924 112</b>	<b>4 327 531</b>	<b>4 584 784</b>	<b>3 955 365</b>	<b>2 117 837</b>

Der starke Rückgang der Einnahme aus Eintrittsgeldern fällt besonders auf, obwohl die Summe an sich im Gesamtbild des Verbandes nur eine geringe Rolle spielt. In dieser Summe spiegelt sich jedoch die werbende Kraft des Verbandes wider, sie war uns immer der am deutlichsten erkennbare Gradmesser für die äußere Entwicklung des Verbandes. Es ist hier jedoch schon oft genug betont worden, daß die eigenartigen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hat, uns zu einer ganz andern Wertung aller Verbandsvorgänge veranlassen müssen.

Der Rückgang der Einnahmen aus Beiträgen ist gewiß sehr erheblich, aber eben auch nur der Ausdruck der Tatsache, daß mehr als die Hälfte unserer männlichen Mitglieder im Felde steht. Der Einnahmerückgang wird infolgedessen auch mit jedem Vierteljahr größer. Nur bei den Einnahmen aus den Beiträgen für weibliche Mitglieder ist in den letzten drei Quartalen des Jahres 1915 eine erhebliche Aenderung nicht eingetreten; das vierte hat sogar eine Erhöhung dieser Einnahmen gebracht. Dies reicht jedoch nicht annähernd aus, um den gleichzeitigen Rückgang der übrigen Einnahmen zu decken. Die folgende Zusammenstellung zeigt die Gestaltung der Einnahmen aus Eintrittsgeld und Beiträgen (ohne die Invalidenbeiträge usw. und ohne die Beiträge der Einzelmitglieder), geordnet nach Quartalen.

	Einnahme aus Beiträgen			
	1. 55 J.	2. 45 J.	3. 25 J.	4. 10 J. (freiwillige Extrabeiträge)
1. Quartal	117 609	869 816	60 054	19 934
2. Quartal	105 937	920 113	56 836	11 652
3. Quartal	96 686	299 805	58 610	1 068
4. Quartal	88 886	277 924	58 725	340

Der Rückgang der Einnahmen ist in der ersten Hälfte des Jahres stärker als in der zweiten, in der, wie schon aus den Wochenberichten des Verbandes zu ersehen ist, die Einziehungen zum Kriegsdienst erheblich nachgelassen haben. Immerhin ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, wenn es nicht gelingt, die Lücken durch Gewinnung neuer Mitglieder zu füllen. Die Einnahmen aus den Beihilfenmarken, die als freiwillige Extrabeiträge ausgeschrieben waren, betragen im 4. Quartal 1914 annähernd 30 000 M., im 1. Quartal 1915 nicht mehr ganz 20 000 und im 2. Quartal nur noch reichlich 10 000 M. Dann wurde sie vom Vorstand, im Einverständnis mit dem Ausschuss, aufgehoben, weil sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wesentlich gebessert hatte, die Zahl der Arbeitslosen stark gesunken war und die Ausgesteuertenunterstützung, zu deren Deckung sie beitragen

solte, aufgehoben werden konnte. Es ist nicht überflüssig, hier einzuschalten, daß die Gesamteinnahme von etwa 60 000 M. aus Extrabeiträgen in einer so schwierigen Lage, wie sie der Krieg für den Verband geschaffen hat, berechtigten Erwartungen kaum entspricht. Wenn manche Zahlstellen bei der Verbreitung der Marken mehr Eifer gezeigt hätten, wäre der Erfolg voraussichtlich auch ein anderer gewesen. In diesem Urteil muß man kommen, wenn man an Hand der Abrechnungen prüft und vergleicht, welche Anzahl von Marken die einzelnen Zahlstellen umgesetzt haben. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß die Verhältnisse nicht in allen Zahlstellen gleich liegen, aber so erhebliche Unterschiede zwischen gleich großen Zahlstellen, wie sie bei der Verbreitung der Extramarken vorgekommen sind, erklären sich nicht nur aus den Verhältnissen, sondern auch aus der Art, wie man ihnen Rechnung trägt.

Die Ausgaben des Verbandes sind erfreulicherweise ebenso stark, ja noch etwas stärker gesunken als die Einnahmen. Während im Vorjahre die Gesamtausgabe mit 4 431 339 M. höher war als in irgendeinem Jahr zuvor, bleibt sie 1915 mit 1 953 508 M. hinter den Vorjahren ganz erheblich zurück. Besonders stark gesunken sind die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung. Dagegen ist die Ausgabe für Sterbegeld noch etwas gestiegen, was jedoch weniger auf eine Vermehrung der Sterbefälle als auf das Steigen der Sterbegeldsätze mit der Dauer der Mitgliedschaft zurückzuführen ist. Nachstehende Tabelle zeigt die Ausgaben für Unterstützungen nach Quartalen geordnet, und in der letzten Rubrik die Zahlen für 1914 zum Vergleich.

Unterstützungen	1915				Zusammen 1915	Im Jahre 1914
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
<b>Streit-</b>						
Unterstützung	10 752,41	24,05	—	—	10 776,46	524 502,27
Gemischte	68,50	120,65	66,—	182,88	438,—	49 798,74
Erwerbslosen	49 743,35	147 601,45	134 017,80	181 621,30	462 983,90	509 235,83
Arbeitslosen	202 310,00	35 573,39	17 673,25	23 300,25	278 857,29	1 331 775,80
Witwen	2 358,45	1 202,00	319,75	860,55	5 740,75	10 190,81
Waisen	3 429,20	1 102,30	3 238,50	2 637,50	13 013,70	39 938,53
Freiwillige	3 273,45	6 061,97	3 063,25	841 232,15	553 199,22	800 777,49
Sterbegeld	81 729,15	28 911,35	25 067,50	25 030,50	107 738,50	104 880,80
Rückst.	870,34	721,04	113,60	137,24	1 842,22	8 730,24
<b>Zusammen</b>	<b>318 783,81</b>	<b>223 442,29</b>	<b>182 277,61</b>	<b>625 211,64</b>	<b>1 249 695,35</b>	<b>2 275 335,81</b>

Die Ausgaben sind von einem Vierteljahr zum andern gesunken bis zum vierten, in dem die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung an die Kriegsfamilien eine starke Steigerung der Gesamtausgabe brachte. (Eingehalten sei hier, daß die 340 000 Mark nur die Ausgaben der Hauptklasse enthalten; daneben haben die Zahlstellen noch erhebliche Zuschüsse geleistet, so daß sich der Gesamtbetrag für die Weihnachtsunterstützung wesentlich höher stellt.) Die als Streitunterstützung eingesezte Summe ist nicht in unserm Verbandsausgaben, sondern an befreundete Organisationen, die durch Vorkämpfe in Schwierigkeiten gekommen waren, gegeben worden. Die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung ist dauernd gesunken. Obwohl am 1. März die Krankenunterstützung wieder eingeführt wurde, zeigt das zweite Vierteljahr einen sehr starken Rückgang der Unterstützungssumme infolge der einsetzenden Besserung des Arbeitsmarktes, die eine Minderung der Arbeitslosigkeit und einen kurzartigen Rückgang der Arbeitslosenunterstützung brachte. Welchen Betrag die Verlängerung der Bezugszeit und die Unterstützung der Ausgesteuerten erfordert hat, läßt sich leider noch nicht feststellen.

Die Ausgaben für Unterstützungen betragen nach der oben gegebenen Zusammenstellung 1 243 685,39 M., die Gesamtausgaben des Verbandes aber 1 953 508,09 M. Wofür sind reichlich 700 000 M. für andre Verbandszwecke aufgewendet worden. Von dieser Summe sind jedoch zunächst rund 336 000 M. abzuführen, die als Verwaltungsbeitrag in den Zahlstellen geblieben sind. Von dieser Summe ist ein gerade im Berichtsjahr nicht unerheblicher Teil gleichfalls noch zu Unterstützungszwecken verwendet worden. Von dem Rest sind ferner einige erhebliche Durchgangsposten abzusetzen. So sind im Berichtsjahr reichlich 90 000 M. jubel eingegangener Gelder an die Zahlstellen zurückgezahlt worden. Rund 23 000 M. haben Zahlstellen, die keine eigenen Bestände hatten, als Darlehen behalten, und 6865 M. erhielten Zahlstellen mit eigener Geschäftsführung als Zuschuß. Näheres über die Ausgaben gibt folgende Zusammenstellung. Es wurden aus d. Hauptklasse vorausgibt:

	1915	1914
Für Unterstützungen aller Art	1 243 685,39	3 275 325,81
Mit Anteile der Zahlstellen	336 278,84	628 970,69
Für Agitation	75 474,03	97 825,05
Druck und Versand des „Proletariers“	55 749,80	93 606,79
Gehälter und Versicherungsbeiträge	66 341,26	73 263,14
Geschäftsbüro für Sitzungen, Konferenzen, Verbandsdag, Manuskript usw.	1 116,01	37 906,—
Drucklagen und Buchbindearbeiten	17 812,30	52 967,93
Bürorenten, -möbel, -materialien usw.	13 800,20	14 446,80
Zeitung und Bücher	2 586,75	2 417,87
Mit Rückzahlung, Zuschuß oder Darlehen an die Zahlstellen	122 443,20	108 685,50
Porto, Bestellgeld und sonstige Ausgaben	3 802,71	20 821,24
Beiträge an die Generalkommission	14 937,—	25 104,—
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1 953 508,09</b>	<b>4 431 339,67</b>

Ein Vergleich der Ausgaben mit denen des Jahres 1914 zeigt, daß fast alle nennenswerten Posten erheblich zurückgegangen sind. Bei einigen bedarf der Rückgang einer Erklärung. So ist der Posten für Konferenzen, Kongresse usw. im Jahre 1914 viel größer, weil in diesem Jahre ein Verbandsdag abgehalten wurde. Im Posten „Sonstige Ausgaben“ sind auch die Ausgaben für die „Gleichheit“ und die fremdsprachigen Zeitungen enthalten, die 1915 ganz wegfallen. Das Gesamtergebnis der Hauptklassenführung enthalten folgende Zahlen:

Es betrug im Jahre 1915:  
die Einnahme des Verbandes 2 117 837,48 M.  
dazu der Kasseebestand vom 31. Dez. 1914 3 364 548,54 M.  
Gesamteinnahme 5 482 386,02 M.  
Davon ab die Gesamtausgabe mit 1 953 508,09 M.  
bleibt ein Kasseebestand von 3 528 877,93 M.

Das Vermögen der Hauptkasse ist also im Kriegsjahr 1915 um 164 329,29 M. gewachsen, ist aber noch immer um etwa 340 000 M. geringer als zu Beginn des Kriegsjahres 1914. Da uns die Zeit nach dem Kriege ohne Frage sehr schwere finanzielle Lasten bringen wird, ist die Stärkung unserer Verbandskasse recht erfreulich.

Die folgende Tabelle enthält eine recht lehrreiche Zusammenstellung der vom Verband im Jahrzehnt 1906 bis mit 1915 für Unterstützungen absolut und pro Mitglied gezahlten Beträge.

Jahr	Reise, Krankheit, Arbeitslosigkeit		Streit und Wahrung		Sonstige (Sterbefall, Umzug, Notlage, Rechtschutz)		Summa	
	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied
1906	67 965	1,02	408 402	6,12	27 910	0,42	504 277	7,56
1907	322 227	2,73	760 252	6,48	85 198	0,31	1 167 677	9,57
1908	558 073	4,15	422 339	3,15	42 469	0,32	1 022 881	7,62
1909	870 861	6,39	364 216	2,68	63 864	0,47	1 298 941	9,54
1910	1 090 393	8,02	396 627	2,92	79 617	0,59	1 566 637	11,53
1911	1 081 678	6,80	934 255	5,37	98 529	0,62	2 114 471	13,29
1912	1 100 201	6,02	928 845	5,08	122 903	0,87	2 151 949	11,77
1913	1 307 822	6,33	654 999	3,19	131 008	0,64	2 093 829	10,21
1914	1 581 368	7,30	832 698	3,96	149 946	0,71	2 515 012	11,97
1915	2 169 201	12,04	508 239	3,15	637 836	3,98	3 275 276	18,17
1915	748 874	7,15	20 219	0,19	476 571	4,56	1 245 664	11,91

Die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung ist nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur gebliebenen Mitgliederzahl zurückgegangen. Die Gesamtausgabe ist infolge des Burgfriedens auf einen früher nie gekannten Satz gesunken. Die sonstigen Unterstützungen sind dagegen nicht unerheblich gestiegen. Die Gesamtausgabe pro Kopf bleibt mit 11,91 erheblich hinter dem Satz des Jahres 1914 zurück, steht aber mit dem des Jahres 1913 fast gleich und wird in den früheren Jahren nur einmal (1910) übertroffen.

Was in allem zeigt die Gestaltung unserer Verbandsfinanzen ein Bild, das zu Zukunftsbefürchtungen wenig Grund gibt. Zwischen Einnahmen und Ausgaben hat sich ein Ausgleich vollzogen, so daß das Verbandsvermögen nicht weiter geschmälert wurde. Der Aufbau unseres Unterstützungswesens hat sich durchaus bewährt. Da auch im laufenden Jahre sich keinerlei Anzeichen einer Verschlechterung zeigen, wohl aber manche, die auf eine Besserung hindeuten, dürfen wir auch die Betrachtung unseres Kasseebestandes mit der Hoffnung schließen, daß wir am Ende dieses Krieges, das wir schließlich erwarten, noch stark genug sind, um allen an uns heran tretenden Aufgaben genügen zu können.

### Die Aenderung des Kaligesezes.

In vier Sitzungen hat die mit der Beratung des Kaligesezes betraute Kommission ihre Arbeiten zum Abschluß gebracht. Der schriftliche Bericht ist bereits fertiggestellt. Wenn diese Zeitungsnummer in den Händen der Leser sein wird, hat wohl auch der Reichstag seine Zustimmung gegeben.

Der Gesetzentwurf behandelt in Ziffer 1 die Verteilung der Beteiligungsziffern. Aus Rücksicht auf die Ungleichheit des Absatzes für das Ausland war bestimmt, die im Jahre 1912 erfolgte Festsetzung der Beteiligungsziffer bis zum 31. Dezember 1918 in Geltung zu lassen. Diese Bestimmung fand allgemeine Zustimmung.

In einer allgemeinen Aussprache über die Lage in der Kaliindustrie wurde auch der Gedanke eines Monopols oder wie man sonst die Ueberführung der Kaliwerke in den Besitz des Reiches nennen will erörtert. Dabei wurde von sozialdemokratischer Seite die Ueberführung der Kaliherzeugung in den Besitz des Reiches für notwendig erklärt. Selbst ein Fortschrittler bedauerte, daß die Monopolisierung, die im Jahre 1910 von den Sozialdemokraten gefordert wurde, nicht erfolgt sei. Inzwischen seien natürlich neue Schwierigkeiten eingetreten. Die Mehrheit der Kommission steht auf dem Standpunkt, daß an eine Monopolisierung nicht zu denken sei, am wenigsten während der Kriegszeit.

Die Zahl der Kaliwerke hat sich in den letzten Jahren in ungeheurer Weise vermehrt. Man zählte mit Beteiligungsziffern ausgestattete Kaliwerke im Jahre 1913 120, am 1. Januar 1916 aber 204 Schächte. Diese Ziffern stellen gegenüber dem 1. Januar 1913 eine Zunahme der Schächte um 70 v. H. dar. Dagegen ist der Gesamtabsatz an Reintali von 11 102 740,69 Doppelzentner im Jahre 1913 auf 6 799 757,91 im Jahre 1915 gesunken. Das bedeutet eine beträchtliche Entwertung. Ohne Ueberreibung kann gesagt werden, daß weniger als 1/3 der Werke den jetzigen Bedarf an Kali zu decken in der Lage sein würden. In einer von der Regierung vorgelegten Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß die jetzige große Zahl an Werken nicht nur totes Kapital sei, sondern auch eine Gefährdung der Salzlager darstelle. Nach dem Kriege soll einer Entsehung neuer Kaliwerke vorgebeugt werden. In diesem Zusammenhang sei gleich angeführt, daß auch die Kommission auf dem Standpunkt stand, daß Neugründungen vorgebeugt werden müßten. Die Sozialdemokraten forderten einen Zusatz a zu § 12, nach welchem Werke oder Schächte, die erst seit Januar 1913 in irgendeiner Form errichtet worden sind, von der Zuwendung einer Beteiligungsziffer ausgeschlossen bleiben. Für Bundesstaaten, die Kaliwerke noch nicht besitzen, soll der Bundesrat zu Ausnahmen ermächtigt werden, insofern hier der Fiskus Kaliwerke errichtet. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Kommission ließ sich an einer Entschließung genügen, die diesen Wortlaut hat: „... den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 baldigt den Erlaß einer Verordnung herbeizuführen, durch die das Abteufen neuer Kalischächte verboten wird, sofern dasselbe nicht im Sicherheitsinteresse bergpolizeilich geordnet wird oder zum Ersatz zerstörter Schächte erforderlich ist...“

Darauf hatte sich die Kommission mit der Preisfrage zu beschäftigen. Es lagen Eingaben vom Verein zur Wahrung familiärer hergaulicher Interessen für die Provinz Hannover und vom Kaligehilfenverband vor. Diese Eingaben fordern eine Erhöhung der Preise, die über jene der Regierungsvorlage hinausgehen. Die letztere werde als zu niedrig bezeichnet. Eine Eingabe des Bergwerksbesitzers Herrn Sauer geht über die Forderungen genannter Vereine noch hinaus. In dieser Eingabe wird eine Preiserhöhung für familiäre Kalisalze und -erzeugnisse um etwa 6 bis 7 Pf. pro Prozentsatz Reintali für die Dauer der Ausnahmsmäßigkeit und eine dauernde Erhöhung um etwa 4 bis 5 Pf. für unbedingt erforderlich bezeichnet. Die Kommission war in der Auffassung einzig, daß die jetzigen Preise unzulänglich seien. Besonders wird betont, daß die Spannung zwischen den geringeren und hochwertigen Salzen viel zu groß sei. Die Vorschläge der Kommission sind in nachstehender Zusammenstellung enthalten.

Kalialsalze	Preis nach Gesetz vom 25. 6. 1910	Geltender Preis nach Erhöhung 1915	Preis nach Entwurf	Beizluß der Kommission
I. Karnalit mit mindestens 9 Prozent und weniger als 12 Prozent K <sub>2</sub> O in gemahlenem Zustande	8,5	8,5	11,0	11,0
II. Nohalze mit 12 bis 15 Prozent K <sub>2</sub> O in gemahlenem Zustande	10,0	11,5	13,0	13,0
III. Tangelalze mit 20 bis 22 Proz. K <sub>2</sub> O mit 30 bis 32 Proz. K <sub>2</sub> O mit 40 bis 42 Proz. K <sub>2</sub> O	14,0 14,5 15,5	14,0 14,5 17,0	17,0 17,5 18,5	18,0 18,5 20,5
IV. Ulorialum mit 60 bis 60 Proz. K <sub>2</sub> O über 60 Proz. K <sub>2</sub> O	27,0 29,0	27,0 29,0	30,0 32,0	32,0 35,0
V. Schwefelsaures Kali mit über 42 Proz. K <sub>2</sub> O Schwefelsaure Kalimagnesia	35,0 31,0	35,0 31,0	38,0 34,0	38,0 35,0

Die Preise verstehen sich für 1 Prozent Kali (K<sub>2</sub>O) im Doppelzentner.

Bei Beratung der Kommissionsvorschläge wurde eine weitere Minderung der Spannung zwischen den Preisen für bessere Salze und jenen für Karnalit und Kainit angeregt. Indessen ging die Kommission über die Sache nicht hinaus. Die Geltungsbauer für die neuen Preise ist vom 31. März 1917 bis zum 30. Juni 1917 verlängert worden. Als Grundsatz hatte die Kommission aufgestellt, daß eine Erhöhung der Preise nur in Verbindung mit einer gesicherten Lohnerhöhung vorzunehmen sei. Die Löhne in der Kaliindustrie sind nach 4 Klassen rubriziert, in der Klasse 4 sind wieder Löhne von Arbeiterinnen und jugendlichen Personen zusammengelassen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte nun eine Lohnzulage nach Lohngruppen. Als Sicherung, daß die Lohnzulagen auch erfolgten und von den Arbeitern beobachtet werden könnten, war vorgesehen: 1. Eintragung in das Lohnbuch; 2. Kürzung der Beteiligungsziffer. Der Antrag lautete:

- 1. im § 13 hinter Abs. 3 folgenden neuen Absatz einzufügen:  
Solange die nach dem Gesetz vom ... Mai 1916 erhöhten Preise im § 20 Abs. 1 in Geltung sind, tritt eine Kürzung der Beteiligungsziffer Abs. 1 bis 3 dieses Paragraphen ein, wenn ein Kaliwerk den beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen zu dem im 1. Vierteljahr 1916 durchschschnittlich erzielten Schichtentommen einschließlich bisher gewährter Zulagenzulagen nicht mindestens noch folgende Zulagenzulagen gewährt:

- a) für Arbeiter mit einem Gesamtdurchschnittslohn von unter 4 M. für jede Schicht für Verheiratete 0,80, für Ledige 0,55 M.
- b) von 4,01 bis 5 M. für jede Schicht für Verheiratete 0,70, für Ledige 0,50 M.
- c) von 5,01 bis 6 M. für jede Schicht für Verheiratete 0,60, für Ledige 0,40 M.
- d) von über 6 M. für jede Schicht für Verheiratete 0,50, für Ledige 0,35 M.

Jugendliche im Alter unter 17 Jahren erhalten drei Viertel des Betrages, den nach vorstehendem die Ledigen bekommen. Weibliche Arbeiter erhalten für jede Schicht 0,50 M. Zulagenzulage. Werke, die während des Krieges eine Zulagenzulage nicht gewährten, haben den Arbeiterinnen und Arbeitern das einundsechshalbfache der obigen Sätze zu zahlen.

Dieser Antrag wurde scharf bekämpft als zu weitgehend in seinen finanziellen Wirkungen und als zu sehr ins einzelne gehend. Die Kommission nahm gegen die sozialdemokratischen Mitglieder einen Antrag an, der auf die im Jahre 1912/13 in jeder Arbeitsklasse erreichten Durchschnittslöhne 80 Pf. aufsetzt. Damit ist die Möglichkeit der Eintreibung jener Zulagen gegeben, die seit 1912/13 gewährt worden sind. Durch die zugrunde gelegten Durchschnittslöhne aus 1912/13 ist die Berechnung den Arbeitern sehr viel ungünstiger geworden.

Eine bessere Regelung der Zulagen wurde dann außerhalb der Kommission durch sozialdemokratische Mitglieder in mündlicher Aussprache mit führenden Herren aus der Kaliindustrie angefragt. Das Ziel sollte sein, alle Arbeiter, auch die besserbezahlten, trotz bereits gewährter Zulagen noch in den Genuß einer solchen zu bringen. Diese Aussprachen haben noch nicht zu einem völligen Ergebnis geführt; eine Einigung ist aber zu erwarten.

Der § 16 war im Jahre 1910 von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern in der Absicht formuliert worden, die

Tarifvereinbarungen zu fördern. In der Tat hat auch ein Wert einen Tarif vereinbart, aber unter Umgehung der Organisationen. Es ist nun eine Aenderung beschloffen, worauf der § 16 diese Fassung erhält: Die Bestimmungen in den §§ 13 und 14 finden auch Anwendung, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verträge mit den Arbeitern oder deren Organisationen geregelt sind; die Verträge dürfen keine Bestimmungen enthalten, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter behindern oder verbieten.

Das Gesetz vom Jahre 1910 erstreckte auch den Schutz der Arbeiter gegen die Abkehr bei teilweisen oder völligen Quotenübertragungen. Der Kongress der Kaliarbeiter wünschte da eine Ergänzung bei Umzügen durch Gewährung von Umzugskosten. Solche werden in Zukunft nach folgenden einstimmig angenommenen Anträge gewährt:

„Nehmen Arbeiter oder Beamte infolge derartiger Uebertragungen auf einer andern Arbeitsstelle Arbeit, die mehr als 6 Kilometer von ihrem seitherigen Wohnort entfernt ist, so sind ihnen im Falle eines hierdurch veranlaßten Wohnungswechsels von dem übertragenden Kalivertsbesitzer Umzugskosten zu gewähren, sofern dies nicht von anderer Seite bereits geschieht.“

Eine vorgelegte Entschließung, die tarifliche Vereinbarungen für fiskalische und private Kaliwerke empfiehlt und vom Reichskanzler deren Förderung wünscht, wurde aus der Kommission und auch von dem Vertreter der verbündeten Regierungen bekämpft. Die Bekämpfung war aber keine grundsätzliche. Vielmehr wurden ausdrücklich die guten Folgen solcher Vereinbarungen anerkannt. Man wandte ein, Tarife müßten aus der freien Vereinbarung heraus erwachsen, vom guten Willen aller getragen werden und dürften nicht auf Zwang beruhen. Es wurde erwidert, Tarifverträge seien eben Verträge als Ergebnis freier Vereinbarung; einen Zwang zu ihrer Einführung wollte man nicht, man wolle aber auch keinen Zwang zu ihrer Verhinderung. Der habe aber bislang überwaltet und die freie Vereinbarung gehindert. Gerade das solle anders werden. Eine Empfehlung solcher Tarifvereinbarungen bahne tariflichen Abschlüssen einen freien Weg zur Entwicklung. Trotz der Bekämpfung fand die Resolution die Mehrheit in erster und zweiter Lesung. Der nach den vorstehend skizzierten Beschlüssen geänderte Entwurf fand die einstimmige Zustimmung der Kommission.

### @@@ Aus der Industrie @@@

#### Notleidende Pappfabrikanten.

Die Klagen der Holzstoff- und Pappfabrikanten über mangelhafte Preise sind sehr alt. Waren daran die teuren Holzpreise nicht mehr schuld, dann war den Handelschleierern sicher ein trodenes Jahr ein Grund zum Jammern über die Unrentabilität der Holzstoff- und Pappfabrikation. Sogar die in dieser Industrie besonders niedrigen Arbeiterlöhne waren vielen Unternehmern noch zu hoch und mußten ebenfalls als Ursache zur Begründung der schlechten Lage der Pappfabrikanten mit herhalten.

Seit ungefähr einem Jahr ist es anders geworden. Die allgemeinen Klagen über die Preissteigerung sind nun ab und zu läßt im Winterhalbe einer der Unerfährlichen noch einen Notschrei erschallen. Allerdings, die Lage der Arbeiterklasse hat sich nicht gebessert, da die gewährten kleineren Lohnerhöhungen durch die gewaltigen Preissteigerungen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel mehrfach übertrumpft werden. Wohl aber ist in der Lage der Industriellen eine Wendung zum Besseren eingetreten. Seitdem die Notrufe über den Papiermangel das Land durchschallen, seitdem nach Herrn Dinges die Papierhändler in Blüte stehen, hört man die Pappfabrikanten nur noch mit Lohnforderungen an die Desfalligkeit treten. Besonders Mühe geht dabei der Verein sächsischer Pappfabrikanten voran. Alle Monate hält diese Unternehmersonganisation eine „freie Versammlung“ ab, zu der die Holzstoff- und Pappfabrikanten Sachsens zahlreich hinstromen; gilt es doch wiederum neue Höchstpreise für ihre Fabrikate festzusetzen.

Mit welchem Erfolge diese monatlichen Lohnerhöhungen durchgeführt werden, geht aus der nachfolgenden Zusammenstellung für das erste Vierteljahr 1916 aus den Veröffentlichungen des genannten Vereins hervor.

Pappentart	Preis für 100 Kilo		Erhöhung in Prozent
	Nichtpreis am 5. Jan. 1916	Nichtpreis am 5. April 1916	
Hand-Holzpappen	18 M.	28 M.	55
Gelbe Maschinenpappen	21 "	30 "	43
Dunkle Maschinenpappen	20 "	26 "	30
Braue Pappen	15 "	26 "	73

### Wer darf stenographieren lernen?

(Eine Entgegnung.) Der Protokollar von die Arbeiterjugend" schreiben mit einem Vorzug diese Frage an, die die Allgemeinheit von der Erlernung der Stenographie ausschließen soll. Man soll sich nur einmal, als Laie, die Buchstabenkombination irgendeines Systems erklären lassen; man werde gleich merken und sich überlegen, mit welchen verständlichen Schriftzeichen man es zu tun habe, und erkennen, daß nicht jeder Mensch in der Welt ein Stenograph sein darf, nur Stenographische Maschinen überhaut denken und schon darstellen. Man solle selbst in den Kreisen der berufstätigen Arbeiter nicht allgemein sein, die mit einem geordneten Buchstaben eine leicht lesbare Schrift schreiben. Da also: weg mit der Stenographie für den Rest! Das ist das Falsche daran. Als Stenographen sind wir Stenographen angefangen, mit was für Klammern sich Stenographen auszeichnen. In den Arbeiterkreisen, die alles lernen, gehören auch die Mitglieder des Arbeiterstenographenbundes, der, wenn man so will, Stenographie der Arbeiter ist, nicht, wohl auch nicht gehören werden soll. Denn es ist ja eine heilige Organisation, die dem Stenographen die Arbeit der Arbeiter für Stenographie. Dem Stenographen steht im Rest nichts mehr die Stenographie zu, Rede und Antwort zu geben.

Herr Conradi beweist, daß selbst die berufstätigen Arbeiter, die sich mit dem Stenographieren befassen, mit einem gewissen Maß an Buchstaben die Stenographie nicht lernen. In die Hände der Stenographen der Arbeiter, die Stenographie zu lernen? Und man hat ja auch schon gesehen, daß man lange Jahre in die Volksschule, Tag um Tag, und man ist dann mit Stenographie noch etwas dran? Da werden Herrschaft und Stenographie, der Punkt, die gerade und die gebogene Linie benutzt, um die Buchstabenformen zu unterscheiden, und man hat lange Jahre für einen einzigen Buchstaben gelernt, der dann wieder so ähnlich ist, wie man hätte sein, die Buchstabenreihe der Laie, die sie verstehen sollen, heranzuführen. Es gab sogar eine Zeit, wo man noch nicht einmal wußte, was man, wie die alte Geschichte lehrt, für die Arbeiter der Berufsständischen Gegenstände schreibe. Und dann war das Volk, man denke, das Volk! zu verwirren, mit der Zeit auch die Stenographie der Berufsständischen sich aneignen. Heute steht man die Schrift als Grundlage des Lesens und der Bildung an, und

eine wissenschaftliche Arbeiterorganisation, an der Herr Conradi freilich nicht teilhat, vertritt und verbreitet die Idee, man müsse die Buchstabenformen noch mehr vereinfachen, man dürfe nicht ein und denselben Laut auf verschiedene Weise darstellen, man dürfe nicht erst aus dem ABC-Schreiben einen Reichtum an Zeichen und einer Gedächtnisstütze dazu — brecheln, um ihn die mühevollen Formen eines vielschichtigen langschweifigen Alphabets beizubringen; man müsse jedem einfachen Laut ein ebenso einfaches charakteristisches Zeichen anweisen, das der Schüler auch jetzt schon in der gewöhnlichen Schrift findet, aber seinem natürlichen Charakter und dem Charakter der Sprache, die den Inhalt seines Lebens ausmacht, entsprechend. Eine Fortentwicklung der Volksschrift, die neben der Vereinfachung des Schriftzeichens noch den Vorteil größerer Kürze und geringerer Ermüdung der Hand bietet und daher die Gewähr in sich trägt, der Gesamtheit des Volkes eine bei weitem deutlichere und leserlichere Schrift und ein leichteres Werkzeug zu geben, das sich nicht nur für die Schrift, die schließlich auch zu bezeichnen sind und die man betreten muß, am nötigsten so schließlich aus dem Handgelenk die Erlernung der Stenographie zu vermeiden. Gewiß, zum Schreiben, zum Beruflichen, zum Schreiben auszubilden ist unsere Organisation nicht da. Die Talente finden sich schon heraus, die darauf besondere Zeit und Mühe verwenden. Aber wenn man schon das Kindes Leben befragen zu müssen glaubt mit dem Schreiben, dann fördert man mit aller Kraft die Verbreitung, die daran hinauslaufen, hier einen einfachen, verständlichen, geeigneten Reichtum zu schaffen, der unbedingt und sicher zum Ziele führt: für den Bedarf des gewöhnlichen und berufstätigen Lebens, der allgemeinen Organisationsbestrebungen und die Entwicklung der Volksschule eine gute Unterlage zu besitzen.

Stephan Dreher, Rabolzhell.

Wir haben der Hauptart des Kollegen Dreher Raum gegeben, wollen damit jedoch keine allgemeine Auseinandersetzung über den Wert oder den Wert der Stenographie einleiten. Darüber, daß die Stenographie eine ausgereifte technische Vereinfachung jenseits der Schriftsprache darstellt, besteht kein Streit. Wohl aber darf man bezweifeln, ob es zweckmäßig ist, ein solches Plaisir und wahllos Arbeiter in Stenographie zu lehren, ohne auch nur den Schatten einer Gewähr dafür zu haben, daß der Aufwand von Zeit, Geld und Mühe irgendeinen Nutzen trägt.

Die Redaktion.

### Arbeitsmillionen.

Dr draußen! Millionen! eisern bedrückt. Die von Blutloch bis zum Grunde geleert! Ihr vor dem Tode taufermal! Ihr Lagen, Mächten und Dyrerqual! Ihr Arbeitsnamen unterprob! Die ihr gehalten, wa ihr gelobt: „Und kommt die Stunde der Gefahr, Vaterland, dann machen wir's wahr: Das Wort ist unerfüllbarlich: Wir lassen nimmer dich im Stich!“ Arbeitsmillionen im Blutgefäß, Ihr mit dem Frieden im Wappenschild, Zum größten Ziel durch Dreu groß: Aus Draugel muß die Arbeit los! Da soll da draußen, das im Geist kuppant, was herrlich Vaterland heißt! Daß noch von räuber Wut umgibt, Nun Verden hört überm Reichtum: Denn heim, denn heim aus Schutt und Rauch; Das steigende Lied, wir hören's auch!

Sie lauschen auf, die Blide weit, Wir hören Herzen im Eisenkleid. Ihr Ton ist seit, ihr Schlag auf laut: Drüber dahem, auf euch ist gebaut! Wir stehen fest um beides Gut; Geiliges Lied in eurer Gut! Wir wollen's wieder unterfehrt! Wir haben's gelehrt, wir wollen's gemehrt! Wir haben gelistet, das Blut will Frucht: An trägt die Schalle, der Hing fordert Frucht! Wir haben's erworben, uns wands das Feld; Pflügemaßen, bestell! bestell! Und Frucht drange an Frucht dich, Einig gerüdet, in harer Sticht! Soll keine verweizen, verjähren die Saat, Jede werde Rechenat! Arbeitsmillionen, wer stellt am Pflug? Der Morgen muß die Verde sägen, Sie schlägt unser Schwandied: Macht es wahr! Sie treu in der Stunde der Gefahr!

Franz Diederich.

Selbstverständlich sind diese Preissteigerungen nicht reine Gewinne der Unternehmer, sie werden zum Teil durch Verknappung der Rohmaterialien usw. ausgeglichen.

Papier wird zu Gold.

Unter dieser Ueberschrift empfiehlt 'Wdy' in der 'Papier-Zeitung' Nr. 37 einen sparsamen Verbrauch von Papier, nicht etwa, weil eine Papierknappheit herrscht, denn, wenn wir uns im Papierverbrauch in der gleichen Weise einschränken wollen, wie wir es im Verbrauch vieler anderer Waren tun müßten...

Die Ausführungen des 'Goldmachers Wdy' unterstützen die vor länger Zeit von dem 'Siege-Meinigen Volkblatt' und dem 'Deutschen Papiermarkt' geäußerten Bedenken, daß 'hinter den großen Papieraufkäufen nach dem neutralen Ausland unsere Gegner stecken'.

Streik in den Schöpfpapierfabriken Englands.

Die 'Papierzeitung' schreibt in ihrer Nr. 40 über einen größeren Papierarbeiter-Ausstand in England folgendes: Anfang Mai stellten die Papiermacher in den meisten Schöpfpapierfabriken Englands die Arbeit ein.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

50jähriges Jubiläum im Buchdruckerverbande.

Der im Jahre 1866 in Leipzig gegründete Verband der Deutschen Buchdrucker beginnt am 20. Mai das Jubiläum seines fünfzigjährigen Bestehens.

An den Pfingsttagen des Jahres 1866 fand ein Buchdruckerstag in Leipzig statt, von 34 Delegierten in Vertretung von rund 4000 Gesellen besucht. Unter Leitung des Vorsitzenden des Leipziger Fortbildungsvereins, Richard Härtel, dem das Hauptverdienst an der Gründung des Buchdruckerverbandes zukommt, beschloß der 'erste Vereinstag der deutschen Buchdrucker' die Errichtung einer zentralen Organisation auf föderativer Grundlage.

Der um die Erriugung des Neunstundentages geführte große Kampf der Buchdrucker im Jahre 1891/92 nimmt eine besondere Stellung in der Geschichte des Verbandes ein. Mit diesem sich über ganz Deutschland erstreckenden Kampfe wurde der erste Versuch gewagt, den Neunstundentag auf der ganzen Linie des Gewerbes zu durchbrechen.

Der um die Erriugung des Neunstundentages geführte große Kampf der Buchdrucker im Jahre 1891/92 nimmt eine besondere Stellung in der Geschichte des Verbandes ein. Mit diesem sich über ganz Deutschland erstreckenden Kampfe wurde der erste Versuch gewagt, den Neunstundentag auf der ganzen Linie des Gewerbes zu durchbrechen.

Es gibt nur eine Wahl: Entweder man brächt die ganze Arbeiterwelt auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren.

Professor Schmoller.

wie im Buchdruckgewerbe. Denselben Grundgedanke wird aber auch bei der Erfüllung der tariflichen Pflichten entworfen.

Bekannt ist das ausgezeichnete Unterstützungsweisen der Buchdrucker. Schon im Jahre 1875 wurde die Heimunterstützung geschaffen; 1876 die Invalidenunterstützung, 1880 die Arbeitslosenunterstützung und 1881 die Krankenunterstützung.

Der ungeliebte Krieg störte die friedliche Entwicklung des Buchdruckerverbandes, der einen Mitgliederstand von 70 452 gleich 92 Prozent aller Berufsangehörigen und ein Vermögen von 11 1/2 Millionen Mark aufzuweisen hatte, in empfindlicher Weise.

Jubiläum im Deutschen Bauarbeiterverband.

Mitten im Kriegstoben und gerade in den Tagen, in denen in Hamburg die Reichskonferenz der Bauarbeiter beschloß, sagte darüber, ob die neuen Vertragsangebote der Unternehmer von der Arbeiterchaft angenommen werden sollten, beging der Deutsche Bauarbeiterverband den Tag der Wiederkehr, an dem vor 25 Jahren seine Vorgänger, der Verband der bausewerblichen Hilfsarbeiter und der Zentralverband der Maurer Deutschlands, gegründet wurden.

Der geschichtliche Werdegang der beiden Organisationen bis zu ihrem Zusammenfluß zum Deutschen Bauarbeiterverband am 1. Januar 1911 verzeichnet eine lange Kette mühsamer Arbeit und schwerer Kämpfe um die Ausbreitung und Anerkennung der Organisationen.

Die Nr. 20 des 'Grundsteins' würdigt in mehreren Artikeln die Geschichte der Vorläufer des Deutschen Bauarbeiterverbandes, von dem zurzeit mehr als 165 000 Mitglieder ihrem Beruf durch den Krieg entzogen sind.

Die Bauarbeiter zu den neuen Tarifvorschlägen.

Eine Reichskonferenz der Bauarbeiter, die am 15. Mai in Hamburg stattfand, beschloß sich mit den neuen (in Nr. 20 des 'Pool' mitgeteilten) Angebots des Bauunternehmers. Der Vorstandsvorsitzende Pawlow erklärte, der Verhandlungskampf sei außerordentlich hart und schwer gewesen.

So habe man in der Verhandlungskommission einen harten Stand gehalten; Niemand um Niemand sei unter starkem Druck der Unternehmer abgerufen worden. So, wie die Vorschläge heute seien, empfinde sie der Bauarbeiterstand und die Unterbaukommission nur als Annahme.

Gegen wenige Stimmen wurde sodann beschlossen, für Arbeitsentlohnungen, die etwa zur Durchführung der Vorschläge notwendig wären, die Streikunterstützung um 3 Mark pro Woche zu erhöhen.

Der Töpferverband im Jahre 1915.

Der Verwaltungsbericht des Zentralverbandes des Töpferverbandes zeigt das in fast allen Verbänden gleiche typische Bild: einen starken Mitgliederzuwachs. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte der Verband 10 337 Mitglieder. Auf vielen Bauten und vor allem in fast allen Fabrikbetrieben wurde im August 1914 der Betrieb eingestellt.

Der durch den Berufswechsel bedingte Zusammenhalt hatte eine unerwartete Mitgliederzahl zur Folge. Ueber die Hälfte der Mitglieder (5357) waren am Jahresende 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, 2046 Mitglieder hatten sich dafür dem Verbandsstande angeschlossen, so daß mit Neueintritten am Schluß des Jahres nur noch 3340 Mitglieder vorhanden waren.

Die Finanzen des Verbandes sind zufriedenstellend. Durch den Mitgliederzuwachs sind zwar die Einnahmen erheblich gestiegen, jedoch ist das gleiche bei den Ausgaben der Fall. Ein kurzer Vergleich, bei dem wir die entsprechenden Summen des Vorjahres in Klammern beifügen, möge dies illustrieren.

rechtsjahr 88 600 Ml. verausgabte, davon erhielten die Familien der Kriegsteilnehmer 28 575 Ml. Die Erwerbunterstützung erforderte 5590 Ml.

Der Gesamtkassenbestand des Verbandes ist im Berichtsjahr 1915 nicht wesentlich zurückgegangen. Er betrug am Jahresende 1914 837 628 Ml., am Schluß des Jahres 1915 822 115 Ml. Dies bietet die Gewähr, daß der Verband den Krieg mit Beschäftigt überbauern und nach Friedensschluß in der Lage sein wird, den damit an ihn heran tretenden erhöhten Anforderungen gerecht werden zu können.

Unser Verband im 21. Kriegsmonat.

Wie in Nr. 19 des 'Proletariers' schon mitgeteilt wurde, hat der Vorstand beschloffen, die Erhebungen über Mitgliederbestand, Arbeitslosigkeit, Einziehungen zum Kriegsdienst usw., die bisher allwöchentlich vorgenommen wurden, nunmehr nur noch monatlich vorzunehmen.

Somit die erste Monatshebung, die nun vorliegt, ein Urteil schon zuläßt, hat sich die Hoffnung auf eine umfassendere Beteiligung der kleinen Zahlstellen erfüllt. In der Statistik für den Monat April haben sich 384 Zahlstellen beteiligt, eine Zahl, die bei den Wochenhebungen nicht erreicht worden ist.

Ueber die Gestaltung des Mitgliederbestandes in den berichtenden Zahlstellen gibt folgende Zusammenstellung Auskunft: männliche weibliche zusammen

Table with 4 columns: Date, Male members, Female members, Total members. Rows show data for August 1914, April 1916, and April 1916 minus military service.

Absolut ist nach dieser Zusammenstellung der Mitgliederverlust nicht unerheblich höher als nach früheren Angaben. Es ist jedoch zu beachten, daß die Zahl der berichtenden Zahlstellen und der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder erheblich höher ist als früher, woraus sich das Ansteigen der absoluten Verlustzahlen durchaus erklärt.

Die Arbeitslosigkeit war am Schluß des Monats April gering. Von je 100 männlichen Mitgliedern waren nur 0,3, von je 100 weiblichen 3,1 arbeitslos.

Erwerbsunfähig krank waren 1044 männliche und 306 weibliche, zusammen 1350 Mitglieder. Vom Hundert sind das 1,7 bei den männlichen wie bei den weiblichen Mitgliedern.

Als Erwerbslosenunterstützung wurden im Monat April in den berichtenden Zahlstellen 7655 Ml. an arbeitslose und 37 043 Ml. an kranke Mitglieder ausbezahlt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt.

Table with 5 columns: Berichtstag, Arbeitslos insgesamt, Arbeitslos von je 100 Mitgliedern, Zum Kriegsdienst eingezogen insgesamt, Zum Kriegsdienst eingezogen männlich. Rows show data from August to April 1916.

Dem Verbandsbeitretenden sind im Monat April in den berichtenden Zahlstellen 545 männliche und 419 weibliche, zusammen 964 Mitglieder. Ausgeschlossen sind 477 männliche und 280 weibliche, zusammen 757 Mitglieder. Danach ist ein Zuwachs von 207 Mitgliedern zu verzeichnen.

